

Informationen aus Europa, Bund, Ländern, Unternehmen, Vereinen und Verbänden

BAGSO:

Ältere Menschen vor Hitze schützen - BAGSO ruft Bund, Länder und Kommunen zum Handeln auf

Zum bundesweiten Hitzeaktionstag am 11. Juni 2026 hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen dazu aufgerufen, ältere Menschen besser vor Hitze und extremer Hitze zu schützen. Im Zuge des Klimawandels sind Hitzewellen in Deutschland schon jetzt häufiger geworden. Hitze stellt ein Gesundheitsrisiko für alle dar. Zu den besonders Gefährdeten zählen vor allem ältere und pflegebedürftige Menschen. Die BAGSO fordert, sie in Hitzeaktions- und Katastrophenhilfeplänen besonders zu berücksichtigen, um hitzebedingten Gesundheitsgefahren entgegenzuwirken.

Neben Hitzeschutzplänen für alle Kommunen fordert die BAGSO eigene Hitzeschutzpläne für Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste. Sie unterstützen bei der zielgerichteten Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen im Vorfeld von Hitzeereignissen und während starker Wärmebelastung. Der Qualitätsausschuss Pflege hat dazu 2024 Empfehlungen vorgelegt.

Die BAGSO appelliert an die Politik, auch durch städtebauliche Maßnahmen zum Hitzeschutz beizutragen. Studien zeigen, dass z. B. durch das Anpflanzen von Bäumen und die Schaffung von Wasser- und Grünflächen die Hitzebelastung reduziert und die Anzahl der hitzebedingten Todesfälle gesenkt werden kann. Bestehende Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Umweltressourcen und -risiken müssen vorrangig abgebaut werden. Kommunen benötigen bei dieser Aufgabe finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern.

Weiterführende Informationen:

<https://www.bagso.de/publikationen/positionspapier/generationenaufgabe-klimaschutz/>

Nachberufliche Bildung bleibt „blinder Fleck“ BAGSO kritisiert Datenlücken im nationalen Bildungsbericht

In einer Gesellschaft des langen Lebens kommt Bildung im Alter eine zentrale Bedeutung zu. Anlässlich der Veröffentlichung des nationalen Bildungsberichts 2026 mahnt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen an, Bildung und Lernen im Alter zu einem wichtigen Bestandteil der Bildungspolitik zu machen. Erneut betrachtet der nationale Bildungsbericht ausschließlich Bildung bis zum Ende des Erwerbslebens. Über 20 Prozent der Bevölkerung, nämlich alle Menschen ab 66 Jahren, wurden wieder nicht erfasst. Die BAGSO fordert, Lernaktivitäten bis ins hohe Alter systematisch in Statistiken, Berichten und Forschungsprogrammen sichtbar zu machen sowie eine bundesweite Strategie für Bildung im Alter zu entwickeln.

„Es ist inakzeptabel, dass eine wachsende Bevölkerungsgruppe in der nationalen Bildungsplanung faktisch nicht existiert“, kritisiert BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner. „Bildung im Alter ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine selbstbestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe. Erkenntnisse über die Bildungsbeteiligung und Bildungsinteressen älterer und alter Menschen sind dringend erforderlich, um Angebote auszubauen, die ihren Bedarfen entsprechen.“

Dass der aktuelle Bericht Bildungsungleichheiten in den Fokus nimmt, hält die BAGSO für sinnvoll und wichtig, da sie über das Erwerbsleben hinaus bis ins hohe Alter Folgen haben. Kritisch dagegen sieht die BAGSO den engen Bildungsbegriff des Berichts mit Fokus auf Erwerbszwecke. Bildung im Alter dient vielmehr der individuellen Persönlichkeitsentwicklung und der aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft. Die Befunde zur digitalen Bildung älterer Beschäftigter verdeutlichen zudem die Notwendigkeit, digitale Kompetenzen über die Erwerbstätigkeit hinaus zu stärken.

Die BAGSO begrüßt, dass Bildung und Lernen im Alter Thema des 10. Altersberichts der Bundesregierung ist. Sie erwartet, dass dies der Grundstein für die künftige Berücksichtigung von Bildung und Lernen bis in das hohe Alter in der nationalen Bildungsberichterstattung sowie für eine umfassende Bildungsstrategie sein wird. Das wäre der konsequente Schritt, um das Thema Bildung im Alter als dauerhafte politische Aufgabe in Bund, Ländern und Kommunen zu verankern.

<https://www.bagso.de/publikationen/positionspapier/bildung-im-alter-fuer-alle-ermoenlichen/>

Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit

Finanzierung kommunaler Bewegungsförderung - wichtige Fördermöglichkeiten im Überblick

Das Einwerben von Fördermitteln für kommunale Bewegungsangebote ist kein einfaches Geschäft. Das gilt vor allem für Initiativen und Organisationen, die über kein eigenes Fördermittelmanagement verfügen. Das Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit (BIÖG) unterstützt dabei, Antworten auf die wichtigsten Fragen rund um Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten von bewegungsförderlichen Projekten und Maßnahmen in Kommunen zu finden.

Das BIÖG wendet sich an alle Projektverantwortlichen, kommunale Akteurinnen und Akteure, Mitarbeitende von öffentlichen Einrichtungen, Vereinsmitglieder, Organisationen sowie Verbände, die Bewegungsförderung von älteren Menschen in ihrer Kommune implementieren oder intensivieren möchten.

Derzeit existieren für die Bewegungsförderung keine transparenten und flächendeckend nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und -strategien. Die Internetseite des BIÖG erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr bietet sie einen ersten Überblick über die Kernthemen. Nutzer erhalten umfangreiche Angaben zu weiteren Informationsquellen, die zur Vertiefung der Inhalte genutzt werden können. Die Beispiele sind exemplarisch ausgewählt und je nach Kontext geeignet oder weniger geeignet.

<https://www.gesund-aktiv-aelter-werden.de/impulsgeber-bewegungsfoerderung/infomaterialien/finanzierung-kommunaler-bewegungsfoerderung/>

Land M-V:

Ehrenamt in MV: MitMachZentralen werden zu Freiwilligenagenturen

Die acht Mitmachzentralen (MMZ) in Mecklenburg-Vorpommern tragen ab sofort den Namenszusatz „Freiwilligenagentur“ und schließen sich damit einer bundesweit etablierten Struktur zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements an. Damit ist auch die Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) verbunden. Das gab Sozialministerin Stefanie Drese anlässlich eines Treffens zum Übergang der MMZ zu Freiwilligenagenturen in Schwerin bekannt.

Der Kern der Arbeit der MMZ bleibt bestehen, sie beraten, vermitteln, vernetzen und unterstützen Menschen auf ihrem Weg ins Ehrenamt. Mit dem Übergang zu Freiwilligenagenturen rücken wir diesen Dienstleistungs- und Unterstützungsgedanken noch stärker in den Mittelpunkt, entwickeln die Mitmachzentralen aber auch weiter. So profitieren die MMZ durch die Eingliederung in die Netzwerke der Freiwilligenagenturen vor allem von einer stärkeren bundesweiten Zusammenarbeit, von hochwertigen Fortbildungs- und Fördermöglichkeiten und von Expertise, zu der sie bisher keinen Zugang hatten.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Einbettung der MMZs in das Netz der Freiwilligenagenturen ist die damit möglich gewordene Anbindung an das Engagementportal der Aktion Mensch, Deutschlands größter Plattform zur Vermittlung von freiwilligem Engagement.

Vereine können sich bereits jetzt für das neue Portal registrieren. Entsprechende Anleitungen stellt das Sozialministerium auf seiner Seite bereit, aber auch die MitMachZentralen helfen gern.

Gesundheitsprojekt erprobt neue Wege für Entlassmanagement im ländlichen Raum

Wie der Übergang vom Krankenhaus in die ambulante oder häusliche Weiterversorgung insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Gebieten auch in der Zukunft gelingen kann, hat seit 2023 das Innovationsfondsprojekt „NAHVERSORGT – Na@hversorgt“ der Hochschule Stralsund erprobt. Die Ergebnisse wurden am 23.06.2026 in Stralsund vorgestellt.

Im Projekt wird insbesondere die bestehende Praxis des sogenannten Entlassmanagements in Mecklenburg-Vorpommern systematisch evaluiert.

Eine gute Versorgung endet nicht an der Krankenhausgrenze. Gerade in strukturschwachen Regionen treten jedoch immer wieder Schwierigkeiten bei der Organisation der Anschlussversorgung von Patientinnen und Patienten nach einem Krankenhausaufenthalt auf. Das kann zur Folge haben, dass Menschen länger im Krankenhaus bleiben als medizinisch nötig, in Reha- beziehungsweise Pflegeeinrichtungen vermittelt werden, die weit entfernt von ihrem Wohnort liegen oder auch ohne ausreichende Anschlussversorgung nach Hause entlassen werden.

Nur durch eine strukturierte Vernetzung und Zusammenwirken aller beteiligten Akteure – wie Kliniken, Hausärzte, Pflegeheime, Kranken- und Pflegekassen kann eine gute möglichst lückenlose medizinische, pflegerische und soziale Versorgung garantiert werden.

Ein weiteres zentrales Mittel ist laut Forschungsteam der stärkere Einsatz von telemedizinischen Lösungen.

<https://www.hochschule-stralsund.de/forschung-und-transfer/forschung/unterseiten-aktuelle-forschungsprojekte/nahversorgt/>

nebenan.de Stiftung

Deutscher Nachbarschaftspreis 2026 - Engagierte Nachbarschaftsprojekte gesucht!

Auch in diesem Jahr ist die nebenan.de Stiftung auf der Suche nach Projekten und Initiativen, die sich für lebendige und lebenswerte Nachbarschaften einsetzen und das gesellschaftliche Miteinander stärken. Vom 15. Juni bis zum 25. Juli 2026 können sich nachbarschaftliche Initiativen und Projekte aus ganz Deutschland bewerben und bis zu 5.000 Euro gewinnen.

<https://www.nachbarschaftspreis.de/>